

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Mai 2016

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Deutschland VERLORENER MARKENKERN

Ernst Schwanhold und
Christean Wagner befürchten
Weimarer Verhältnisse

Seite 6



BDS-Regional RETRO CLASSICS

Oldtimer-Schönheiten
lassen BDS-Herzen
höher schlagen

Seite 16



EU-Kommissar Günther Oettinger zur Quantentechnologie

MIT NEUER SOFTWARE

GEGEN INDUSTRIESPIONAGE

BranchenLösungen leben.



Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sind Sie Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sind Sie Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.

Hoffentlich Allianz versichert.

Allianz 



Alle Vorteile unter: business.allianz.de



von Friedhelm Ost

Quo vadis CDU?

Einige wenige führende Politiker der Union bezeichneten die Ergebnisse der drei Landtagswahlen am 13. März dieses Jahres als bitter und völlig unbefriedigend. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, ihr Generalsekretär Tauber und ihre engste Entourage waren bei der Bewertung wesentlich milder und zurückhaltender; entweder hatten sie nicht den richtigen Blick auf die Realitäten oder sie wollten – wie einst Helmut Kohl – signalisieren: Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter – und tiefer in die Wüste.

Hohe Bodenverluste

Allerdings äußerten zahlreiche Abgeordnete der CDU in der jüngsten Sitzung der Bundestagsfraktion ihre Ängste, bei der nächsten Wahl im Herbst 2017 vom Kamel zu fallen, wenn sie ihr Mandat mit Pauken und Trompeten verlieren. Die Stimmung, die den CDU-Mandatsträgern in ihren Wahlkreisen seit einiger Zeit entgegenschlägt, ist miserabel und teilweise sogar feindlich. Nicht wenige blicken voller Sorgen und Ängste auf die nächsten Wahlen, bei denen es nicht zuletzt auch um persönliche Existenzen gehen wird und die für die Perspektiven nicht gerade positiv erscheinen. Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, so kämen die CDU und CSU bestenfalls auf 35%; manche demoskopischen Befunde sehen

die Union jedoch gerade noch bei 32%. Da ist es auch wenig tröstlich, dass die SPD bei 22 bis 25% verharrt oder die Grünen bei 10 bis 12% liegen. Bundesweit brächte es die AfD auf rund 12% oder mehr; sie wäre damit die drittstärkste Partei im Bundestag. Zudem scheint sich die FDP zu stabilisieren; sie liegt bei den derzeitigen Umfragen zwischen 6 und 7%.

Riesenpleite im CDU-Stammland

Mehr als schmerzlich waren die Ergebnisse für die CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit gerade noch 27%. Das sind rund 12 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren; es reicht gerade noch zum Juniorpartner in einer Koalition mit den Grünen (ca. 30%) unter dem landesweit beliebten Ministerpräsidenten Kretschmann. Guido Wolf, der CDU-Spitzenkandidat, konnte weder viele Badener noch Württemberger begeistern. Auch der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl, der Schwiegersohn von Wolfgang Schäuble, blieb programmatisch und persönlich blass und profillos. In zahlreichen CDU-Hochburgen von einst wurden CDU-Abgeordnete von grünen Herausforderern mit eindrucksvollem Vorsprung besiegt. In Stuttgart, Freiburg, Tübingen und anderen Städten stellen die Grünen bereits seit längerem die Oberbürgermeister, die ihre Ämter volksnah, charismatisch und profiliert ausfüllen.

Milde Bewertung

„Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, ihr Generalsekretär Tauber und ihre engste Entourage waren bei der Bewertung wesentlich milder und zurückhaltender; entweder hatten sie nicht den richtigen Blick auf die Realitäten oder sie wollten – wie einst Helmut Kohl – signalisieren: Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter.“

Erosion der großen Volksparteien

In Rheinland-Pfalz trat mit Julia Klöckner für die CDU die ehemalige attraktive Weinkönigin und gefühlte Kronprinzessin, die gleich Angela Merkel in einiger Zeit hätte beerben sollen, an. Doch aus den vor Monaten erwarteten 43% wurden nicht einmal 32% und damit ein Minus von mehr als 3%-Punkten im Vergleich zur Landtagswahl 2011. Die CDU muss hier weitere Jahre in der Opposition fristen.

Mit einem blauen Auge ging es für die CDU in Sachsen-Anhalt aus: Rund 3%-Punkte musste sie auch hier abgeben und landete gerade noch bei knapp 30%. Mit gleich zwei Partnern, nämlich SPD und Grünen, wird Reiner Haseloff in Zukunft eine Koalition zustande bringen und regieren müssen. Triumphe sehen gewiss anders aus.

Absturz für Grüne in Rheinland-Pfalz

Der CDU droht ein ähnliches Schicksal wie der SPD: Seit der Wiedervereinigung wurden die Sozialdemokraten zwischen grünen und roten Mühlsteinen zerrieben. Das kleine SPD-Plus in Rheinland-Pfalz ist nur darauf zurückzuführen, dass die Grünen gleich mehr als 10%-Punkte verloren und die Linke nicht einmal 3% erreichte.

Starke Gewinne der AfD

In allen drei Bundesländern erzielte die AfD jedoch aus dem Stand zweistellige Ergebnisse: Mehr als 15% in Baden-Württemberg, ▶

12,6% in Rheinland-Pfalz, über 24% in Sachsen-Anhalt. In dieser Partei sammeln sich Protestler, Unzufriedene, National-Konservative, Randgruppen von links und rechts, Gegner der Migrantenpolitik der Kanzlerin, Kämpfer gegen den Islam und Wähler, die von Ängsten vor einer Überfremdung befallen sind. Viele fürchten um ihren eigenen Wohlstand und sozialen Abstieg.

FDP ist wieder im Rennen

Schließlich ist die FDP wieder im Rennen – mit gut 8% in Baden-Württemberg und über 6% in Rheinland-Pfalz, während es in Sachsen-Anhalt mit 4,9% nicht ganz zum Einzug ins Parlament reichte. Die Liberalen unter ihrem sensiblen Feintaktiker Christian Lindner profitieren davon, dass die CDU seit Jahren einen Mitte-Links-Kurs steuert und dabei immer mehr das Liberal-Konservative in ihrer Politik aufgegeben hat. Die Abwanderung von CDU-Wählern zur FDP hält sich noch in Grenzen, doch könnten in Zukunft viele Menschen, die sich zum Mittelstand zählen, bei den Liberalen landen.

Defizite bei Programm und Personen

Viele CDU-Wähler von einst vermissen mehr und mehr eine klare Ordnungspolitik, die eindeutige Orientierung in Richtung Soziale Marktwirtschaft, ein gutes Stück Patriotismus, mehr Engagement für den Mittelstand, eine bessere Bekämpfung der Kriminalität, Maßnahmen für die innere Sicherheit, Impulse für Wachstum und Beschäftigung sowie mehr Investitionen für die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem auch ein unionschristliches Miteinander der beiden Schwesterparteien CDU und CSU. Die Konturen der Partei sind unter der Vorsitzenden Angela Merkel nicht mehr ausreichend zu erkennen, die Partei bietet immer weniger politische Heimat.

Es fehlen kluge Spindoktoren

Der digitalisierte Generalsekretär erscheint in der Öffentlichkeit den CDU-Mitgliedern wie ein Bauch-



„Die meisten Unionschristen haben längst die Suche nach Alternativen aufgegeben und sich mit der ‚Alleinherrschaft‘ Angela Merkels abgefunden.“

redner seiner Chefin – eher verwirrend denn erhellend, ohne Ideen und Impulse. Andere Mitglieder des Präsidiums und Vorstandes der Partei gerieren sich eher als Statisten denn als Hauptdarsteller – ganz gleich, ob sie Armin Laschet, Annegret Kramp-Karrenbauer oder Lorenz Caffier heißen. Kluge Spindoktoren, die etwa das Publikum mit einer mutigen Agenda 2025 oder anderen Zukunftsentwürfen für Deutschland faszinieren oder zur politischen Diskussion anregen könnten, fehlen offenbar im Konrad-Adenauer-Haus.

Ebenso gibt es zu wenige Köpfe in der Bundestagsfraktion, in der Partei und in den Ländern, die wichtige Politikfelder öffentlichkeitswirksam vertreten und für die CDU profiliert darstellen. Die Defizite spiegeln sich allein schon in den TV-Talkshows wider: Ursula von der Leyen, Wolfgang Bosbach, Volker Kauder, Michael Fuchs – sie jagen von Studio zu Studio, von Sendung zu Sendung, wo sie all das nochmals sagen, was zuvor bereits in anderen Medien zu lesen oder zu hören war. Für etwas Überraschung sorgt bestenfalls der Jungpolitiker der Union, Jens Spahn.

Schwächeln in Ländern und Kommunen

Im Herbst stehen zwei weitere Landtagswahlen an – in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Die Spitzenkandidaten der CDU sind kaum jenseits der Landesgrenzen bekannt, die Siegeschancen für die CDU mehr als schlecht. In anderen Bundesländern – von Schleswig-Holstein bis Brandenburg – sieht es nicht viel besser aus. Als „rocher de bronze“ steht da noch Volker Bouffier, der hessische Ministerpräsident, da, der mit den Grünen eine stabile Koalition gebildet hat und erfolgreiche Landespolitik macht, die sich allerdings bei den jüngsten Kommunalwahlen für die CDU nicht „ausgezahlt“ hat.

Stiefschwester CSU

Selbst die CSU, die bei aktuellen Umfragen in Bayern bei 46 bis 48% liegt, muss gar verzweifeln. Der „Löwe“ Seehofer brüllt immer wie-

der mehr oder weniger laut gegen die Politik der Schwesterpartei. Doch wirkt er nur in München kraftvoll, in Berlin mit seinen CSU-Paladinen indessen eher ohnmächtig. Seine CSU-Bundesminister sind kaum in der Öffentlichkeit bekannt. Für temporäre Aufmerksamkeit sorgte zwar Bundesverkehrsminister Dobrindt mit seinen ambitionierten Plänen für eine PKW-Maut, diese wird jedoch von der zuständigen EU-Verkehrskommissarin blockiert. Die Obergrenze für Flüchtlinge wird von Seehofer & Co. immer noch gefordert, doch können sich weder die Bundeskanzlerin und die Mehrheit in der CDU noch der Partner in der Großen Koalition, die SPD, damit anfreunden. „Bella figura“ auf der bundespolitischen Ebene machen lediglich die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, und der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Peter Ramsauer, der als zuvor erfolgreicher Minister von Seehofer „abgemeiert“ wurde, doch 2017 wieder in seinem Wahlkreis kandidieren und siegen wird.

Ohne Alternative: A. Merkel

Die mehr oder weniger offenen Attacken einiger CSU-Politiker gegen die Kanzlerin sind seit langem nicht zu überhören. Doch werden sie sich alle – in der CSU wie in der CDU – Anfang des nächsten Jahres außerordentlich schwer tun, eine personelle Alternative für die Bundestagswahl zu präsentieren. An Angela Merkel wird nichts, aber auch gar nichts vorbeigehen, wenn die Frage der Spitzenkandidatur anstehen wird. Gegen sie wird nichts laufen. Nur mit ihr wird die Union nochmals die stärkste Partei werden können, wenn auch aus heutiger Perspektive mehr oder weniger schwere Verluste drohen. Die meisten Unionschristen haben längst die Suche nach Alternativen aufgegeben und sich mit der „Alleinherrschaft“ von Angela Merkel abgefunden. Nur wenige politische Traumtänzer erwähnen bisweilen noch Friedrich Merz oder auch Wolfgang Schäuble. Merz hat sich längst freiwillig

aus der Politik verabschiedet und beweist sein Talent im „big business“. Schäuble wird in diesem Herbst 74 Jahre alt. Viele in der CDU haben seine Ablösung an der Spitze der Partei sowie das Zerwürfnis mit Helmut Kohl wegen der Spendenaffäre nicht vergessen. Die Sehnsucht nach einem charismatischen und innovativen CDU-Vorsitzenden würde der kühle Badener wohl kaum erfüllen, darin sind sich die meisten Unionsmitglieder einig. Dasselbe gilt für die schwach besetzte zweite Reihe mit Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière, Annegret Kramp-Karrenbauer und Peter Altmaier, die sich als „Weihrauch-Schwenker“ für Angela Merkel betätigen und in der CDU kaum als Hoffnungsträger angesehen werden.

Gefahren durch Nullzinspolitik

Die AfD und die FDP sowie vielleicht auch die Grünen könnten 2017 von der inhärenten Schwäche der CDU profitieren. Die Erosion der CDU droht, sich vor allem dann zu verstärken, wenn sich die bislang recht gute Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes im Laufe des nächsten Jahres verschlechtern sollte. Die Gefahren von der Exportfront dürfen nicht geringgeschätzt werden.

Hinzu kommen die Folgen der waghalsigen Geldpolitik der Euro-

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

päischen Zentralbank: Sparer, Anleger in Geldtiteln und Lebensversicherungen empfinden sich als Verlierer der Nullzinspolitik. Die AfD könnte hier ein weiteres Thema finden und als Anwalt der „ent-eigneten Sparer“ an die politische Front ziehen. Die CDU hüllt sich hier derweil in Schweigen, zumal der Bundesfinanzminister viele Milliarden Euro an Schuldzinsen spart und so seinen Kurs der „schwarzen Null“ halten kann.

Zu große Distanz zur CDU-Basis?

Das Thema Nr. 1 wird indessen die Migrantenflut bleiben. Ob die jüngst ausgehandelte EU-Türkei-Vereinbarung zu einer nachhaltigen Reduzierung des Zustroms von Flüchtlingen führen wird, ist unsicher. Auf jeden Fall werden weiterhin Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten der Welt Asyl in Deutschland suchen. Ihre Aufnahme und insbesondere die Integration der Zuwanderer werden die Bundeskanzlerin und damit die Union in der nächsten Zeit vor größte Herausforderungen stellen.

Die Unterbringung der Flüchtlinge, der Sprachunterricht, der Bau von Wohnungen, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Akzeptanz etwa für den Islam und vieles mehr müssen als politische Aufgaben positiv bewältigt werden. Wie schwierig

diese Gratwanderung ist, das haben Angela Merkel und die Union seit September 2015 intensiv erfahren. Große Teile der CDU und insbesondere die CSU sind mit der bisherigen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden. Christian Wagner, lange Zeit profiliertes Minister und CDU-Fraktionsvorsitzender in Hessen, hat sich gerade jüngst besorgt zum Beifall von der falschen Seite für die Merkel-Politik geäußert: „Wenn vor allem Grüne und der linke Teil der SPD der Bundesregierung zu diesem Thema Beifall spenden, muss die Bundesregierung sich fragen, ob sie mit ihrem Kurs überhaupt noch die eigenen Anhänger erreicht. ... Von einer CDU-geführten Bundesregierung dürfen wir erwarten, dass sie die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Wähler wahr- und ernstnimmt.“ Nach dem von der Kanzlerin eingefädelt EU-Deal mit der Türkei, der in den nächsten Monaten seine Wirkung für die Eindämmung der Migrantenflut erst noch beweisen muss, dürfte der Applaus für Angela Merkel aus den Reihen der Grünen und der SPD geringer ausfallen. Die Vereinbarungen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, der viele Prinzipien der Demokratie verletzt und sich wie ein neuer Sultan gebärdet, wird von vielen wie ein „Pakt mit dem Teufel“ empfunden. ■

EXKLUSIVER SERVICE FÜR BDS-MITGLIEDER

Allianz Sonderkonditionen für die Altersvorsorge

Der Bund der Selbständigen hat zusammen mit der Allianz Lebensversicherungs-AG ein innovatives, umfassendes und erfolgreiches Konzept für die betriebliche und private Altersvorsorge entwickelt.

BDS-Mitglieder einzelner Landesverbände profitieren durch diese Kooperation von attraktiven Konditionen und einem kompetenten, finanzstarken Partner. Die Allianz Lebensversicherungs-AG ist das führende Unternehmen im Bereich Altersvorsorge und wird regelmäßig von



unabhängigen Ratingagenturen mit Bestnoten für die Punkte Sicherheit und Ertragskraft bewertet. Als Ihr Vertragspartner steht sie Ihnen bei allen Vorsorgefragen zur Seite.

Interesse geweckt? Informieren Sie sich unter www.allianz.de oder finden Sie Ihren Ansprechpartner unter: www.allianz.de/agentursuche.

Er berät Sie individuell und erstellt Ihnen ein unverbindliches persönliches Angebot gemäß den BDS-Konditionen. ■

Verlorener Markenkern

**Die Ex-Minister
Ernst Schwanhold
und Christean Wagner
befürchten
Weimarer Verhältnisse
und beklagen ein
Glaubwürdigkeitsproblem
bei SPD und CDU**

Zu ihrer Zeit als Parlamentarier gehörten beide Protagonisten zu den politischen Schwergewichten. Der Sozialdemokrat Ernst Schwanhold war über zehn Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages, zudem von 1995 bis 1998 wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes, bevor er ab dem 27. Juni 2000 in das Kabinett von Wolfgang Clement als Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr berufen wurde. Inzwischen hat sich Schwanhold formell aus der aktiven Politik zurückgezogen. Gleichwohl ist seine Meinung als Politikberater hinter den Kulissen des Bundestages weiterhin gefragt.

Dagegen ist der CDU-Politiker Christean Wagner immer noch politisch aktiv. Der frühere hessische Justizminister und langjährige Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag ist Mitinitiator des Berliner Kreises. Der Berliner Kreis ist eine informelle Gruppe von Landtags- und Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU, deren Ziel eine deutlichere Profilierung der Union und Rückbesinnung auf ihre christlich-sozialen, wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln ist. Zum Berli-



Die Urgesteine von SPD und CDU, Ernst Schwanhold (li.) und Christean Wagner, setzen weiter auf die Ausgleichsfunktion der Volksparteien

ner Kreis gehören Persönlichkeiten wie Wolfgang Bosbach, Erika Steinbach, Mike Mohring, Veronika Bellmann und Carsten Linnemann – um nur einige Namen zu nennen. Von seinen politischen Gegnern wird Wagner als „harter Hund“, „konservative Allzweckwaffe“, „Hardliner“ und „Chef der Stahlhelmtrouppe“ apostrophiert – wobei dies nur eine kleine Auswahl von Attributen ist, die sich der Christdemokrat anhängen lassen musste. So wundert es nicht, dass Wagner innerparteilich zu den härtesten Kritikern der von Kanzlerin Angela Merkel propagierten Zuwanderungspolitik gehört und sich damit auf Gegenkurs zur Parteispitze bewegt.

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt treibt beide Ex-Minister die Frage um, ob sich ihre Partei aufgrund der Wahlergebnisse überhaupt noch als Volkspartei definieren darf und was getan werden muss, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dies vor allem mit Blick auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Bundestagswahl des Jahres 2017. Mit Ernst Schwanhold und Christean Wagner sprach Joachim Schäfer.

Der Selbständige: Obwohl Umfragen die SPD im Bund bei nur rund 20 Prozent sehen und in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt die SPD marginalisiert wurde, erklärt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die SPD weiter zur Volkspartei. Setzen Sie andere Akzente als Frau Kraft und was müssen die Sozialdemokraten tun, um ihren verlorengangenen Markenkern zurückzugewinnen?

Ernst Schwanhold: Auch aus meiner Sicht ist die SPD immer noch eine Volkspartei, obwohl sie in manchen Regionen ein kümmerliches Dasein führt. Allerdings hat sie in Hamburg, aber auch in Rheinland-Pfalz, Ergebnisse erzielt, die durchaus einer Volkspartei würdig sind. Zum Markenkern: Die SPD ist in vielen Fragen gegenwärtig nicht mehr die Partei, die Antworten liefert, die die Menschen erwarten. Aus meiner Sicht verliert die SPD auch deshalb an Zustimmung, weil sie die Mitte freigibt. Zum Markenkern der SPD gehört, dass wir den Menschen, die aufstiegsorientiert sind und die aus ihrer Lebenssituation etwas machen wollen, eine Perspektive bieten. Und wir müssen für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen, einen sozialen Ausgleich finden. Das heißt, am Anfang steht die eigene Leistung und der Staat hat eine Ausgleichsfunktion nur für die, die nicht leisten können. Das alles gehört zum Markenkern der SPD und ist in den Programmen der SPD niedergeschrieben. Leider ist vieles davon verloren gegangen. Schröders Agenda 2010 war die letzte große Antwort dieser Politik.

Der Selbständige: Im Kernland der CDU, in Baden-Württemberg, hat Ihre Partei ebenfalls eine desaströse Wahlniederlage erlitten. Die Prognosen für die Bundesebene dümpeln bei 32 Prozent dahin. Befürchten Sie nicht, sollte sich diese Entwicklung verschärfen, dass die CDU einen ähnlichen Weg gehen wird wie die italienischen Christdemokraten? Dies auch mit Blick auf die Erfolge der AfD, die sich damit rühmt, die Kernthesen der Union



„Zum Markenkern der SPD gehört, dass wir den Menschen, die aufstiegsorientiert sind und die aus ihrer Lebenssituation etwas machen wollen, eine Perspektive bieten.“

(Ernst Schwanhold)

Eine erfolgreiche CDU konnte einen Alfred Dregger und einen Norbert Blüm ohne Probleme unter ihrem Dach vereinen

aus den Zeiten Konrad Adenauers nunmehr zum eigenen Programm zu erheben.

Christean Wagner: In Baden-Württemberg hat die CDU ein katastrophales Wahlergebnis eingefahren. Daran gibt es nichts umzudeuten. Aber auch in Rheinland-Pfalz hat die CDU ihr schlechtestes Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Beide Länder waren bis vor kurzem noch Kernländer der Union. Das macht natürlich die Ergebnisse noch viel dramatischer. Die Ursachen liegen aus meiner Sicht klar und deutlich auf der Hand: Die Union hat in den letzten Jahren mehr und mehr die rechte Mitte stiefmütterlich behandelt. Dies mit der Folge, dass die AfD diesen Bereich abdeckt und damit in vielen Bundesländern sehr respektable Wahlergebnisse erzielt. Nachdem sich die AfD im Sommer 2015 gespalten hatte und sie politisch vor dem Aus stand, ist sie durch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wiederbelebt worden. Hinzu kommt, dass die AfD davon profitiert, dass 70 Prozent der CDU-Anhänger die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ablehnen. Deshalb erwarte ich von dem Teil der Bundesregierung, der von der Union gestellt wird, nunmehr eine deutliche Kurskorrektur. Die einladende Willkommenskultur-Politik der Bundesregierung wird von der Mehrheit

der deutschen Bevölkerung nicht mitgetragen. Das ist im Übrigen auch die Auffassung des Berliner Kreises, in dem ich mitwirke.

Der Selbständige: Die Koalitions-muster sind durch die Schwäche der FDP und das Aufkommen der AfD von der Regel zur Ausnahme geworden. Und auch die alte Faustregel „eine große Koalition geht immer“ gilt nicht mehr nach Stuttgart und Magdeburg. Wäre es da nicht das Beste, die Parteien versuchten das Naheliegendste: Die Tolerierung der von der jeweils stärksten Partei gestellten Minderheitsregierung? Diese könnte sich dann – je nach Fall – im Parlament um eine solide Mehrheit bemühen.

Ernst Schwanhold: Die politische Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg lag darin begründet, dass wir zwei starke Volksparteien hatten, die jeweils immer in der Lage waren, eine Koalition federführend mit einem Juniorpartner an der Seite zu gestalten. Dieser Wettstreit von CDU/CSU und SPD um die besten Lösungen hebt sich nun auf. Inzwischen haben wir ein Fünfparteiensystem und ich befürchte, dass sich die Parteienlandschaft noch weiter vergrößern wird. Ich sehe die Gefahr, dass wir auf Weimarer Verhältnisse hinsteuern. Deshalb ist es aus meiner Sicht dringend geboten, dass sich die beiden großen Parteien, jede für sich, ►



Foto: www.shutterstock.com

nunmehr verstärkt darum bemühen, ihren Markenkern wiederzubeleben, um in den Wettstreit um Lösungen einzutreten.

Christean Wagner: Ich stimme Ernst Schwanhold ausdrücklich zu. Die Entwicklung, die wir im Augenblick erleben, hat auch etwas mit der Frage der Stabilität unserer Demokratie zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland war über Jahrzehnte stabil, als es eine starke Union und eine starke SPD gab. Und es gehört zur demokratischen Kultur – aber auch zum Erfolg einer Demokratie, dass sich zwei große Volksparteien in der Regierungsverantwortung immer wieder abwechseln. Diesen Stabilitätsanker gibt es nicht mehr. Die politische Lage hat sich dramatisch verändert. Wenn inzwischen in einigen Landesparlamenten CDU und SPD zusammen nicht einmal mehr über die absolute Mehrheit verfügen, ist das höchst beunruhigend. Von einer Minderheitenregierung halte ich nicht viel, weil diese zu einer noch größeren Instabilität führt. Wie Ernst Schwanhold schon sagte: CDU und SPD müssen ihren Markenkern wieder deutlich machen. Für die Union heißt das, dass das wirtschaftsliberale Profil wieder erkennbarer wird. Außerdem kritisiere ich, dass die Wertkonservativen in der Union, die einmal für 30 Prozent der Anhängerschaft gestanden haben, ignoriert, wenn nicht sogar bekämpft werden. Wenn ein prominenter Parteifreund



„Ich sehe in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung den Hauptgrund für das schlechte Ansehen von CDU und SPD.“

(Christean Wagner)

Flüchtlingskrise:
Die Weltgemeinschaft nimmt nach Meinung von Ernst Schwanhold ihre Verantwortung nicht ausreichend wahr

von mir meint, die Wertkonservativen müssten ohnehin CDU wählen, dann ist diese Aussage bereits durch die letzten Landtagswahlen deutlich widerlegt worden. Weiterhin gehört zum Markenkern der Union auch die christlich-soziale Politik. Eine Volkspartei lebt von ihren starken Flügeln. Und es ist geradezu das Erfolgsrezept der großen Volksparteien, dass sie unterschiedliche Strömungen in der Gesellschaft unter einem Dach vereinen und zu vernünftigen Kompromisslösungen führen. Eine erfolgreiche CDU konnte einen Alfred Dregger und einen Norbert Blüm ohne Probleme unter ihrem Dach vereinen.

Ernst Schwanhold: Ich sehe genau wie Christean Wagner in einer Minderheitenregierung keine Lösung. Das Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland war und ist die Stabilität und Verlässlichkeit der Politik über eine Legislaturperiode hinweg. Diese Stabilität und Verlässlichkeit hat unser Land für Investoren attraktiv gemacht. Wenn wir aber in der Bundesrepublik Deutschland Verhältnisse bekommen, bei denen am Anfang der Legislaturperiode nicht klar ist, welchen Weg das Land gehen wird, dann werden diejenigen, die über Investitionen entscheiden, sich Ausweichquartiere suchen und nicht mehr in Deutschland investieren. Dieser Gefahr dürfen wir uns nicht aussetzen. Denn ohne eine prosperierende Wirtschaft werden wir nicht mehr in der Lage sein, unsere Sozialstandards zu halten. Deshalb ist es geradezu die Pflicht der beiden großen Parteien, die dieses Land im Wesentlichen ganz gut regiert haben, wieder zu der Stärke zurückzufinden, die die von mir beschriebene Verlässlichkeit dokumentiert.

Der Selbständige: Christean Wagner erwähnte schon, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit der Merkelschen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden ist. Gleichwohl wird die Bundeskanzlerin in ihrer Position massiv durch die SPD unterstützt. Ist die Flücht-

lingspolitik der Hauptgrund für die schlechten Umfrageergebnisse für beide Parteien?

Ernst Schwanhold: Natürlich gibt es hier einen Zusammenhang, weil die Menschen im Land, ob zu Recht oder Unrecht lasse ich einmal dahingestellt, sich bedroht fühlen. Stichwort: Bezahlbare Mietwohnungen und Ereignisse wie die in Köln. Dennoch müssen wir als liberales Land den Menschen den Zugang ermöglichen, die einen Anspruch auf Asyl haben. Deshalb ist es absolut notwendig, der heimischen Bevölkerung hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen eine Zukunftsorientierung zu geben und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht verlieren. Wenn das Gefühl entsteht, dass wir nicht einmal wissen, wer in unserem Land lebt, dann sorgt das für Angst. Deshalb muss der Rechtsstaat seine Aufgaben wahrnehmen, sonst schwindet das Vertrauen. Und dieses mangelnde Vertrauen wird auch an der SPD festgemacht.

Christean Wagner: Wie ich schon sagte, sehe ich in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung den Hauptgrund für das schlechte Ansehen von CDU und SPD. Die Flüchtlingspolitik ist aus meiner Sicht aber auch dafür verantwortlich, dass rechts von der Union eine neue Partei, die AfD, am 13. März mit zweistelligen Wahlergebnissen aufwarten konnte. Ich erinnere an die Aussage von Franz Josef Strauß, der immer wieder beschworen hat, dass rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei entstehen darf. Deshalb werbe ich dafür, dass die Union auch wieder die Bindungswirkung für die Wähler entwickelt, die sich im Mitte-Rechts-Spektrum beheimatet fühlen.

Der Selbständige: Die Freiburger Denkfabrik SAT hat geschätzt, wie viele Flüchtlinge 2016 nach Deutschland kommen könnten. SAT kommt zu einem bestürzenden Ergebnis: Verschlechtere sich in afrikanischen Staaten die Lage dramatisch, könne



Foto: www.shutterstock.com

dies eine neue zusätzliche Bewegung in Richtung Europa auslösen. 6,4 Millionen Menschen würden dann versuchen, den Weg nach Deutschland zu finden. Für wie realistisch halten Sie dieses Szenario?

Ernst Schwanhold: Ich kann nicht beurteilen, inwieweit die Anzahl der Flüchtlinge aus Afrika, die die Freiburger Denkfabrik schätzt, realistisch ist. Ich befürchte aber, dass eine große Anzahl von Menschen aus Afrika sich auf den Weg nach Europa und damit auf den Weg nach Deutschland macht. Es ist aber unsere Verpflichtung, daran mitzuwirken, dass die Lebenschancen in den Ländern, aus denen die Menschen fliehen, erhöht werden. Da nimmt die Weltgemeinschaft und die Europäische Union ihre Verantwortung nicht in ausreichendem Maße wahr. Sollten die Freiburger Zahlen richtig sein, werden wir Veränderungen in unserer Gesellschaft bekommen, die noch viel größer sind, als wir erahnen können. Und wir werden dann Maßnahmen ergreifen müssen, die ich mir gar nicht vorstellen möchte.

Christean Wagner: Auch in diesem Fall teile ich die Analyse von Ernst Schwanhold. Darüber hinaus müssen wir die Überfremdungsängste der Bevölkerung wahr- und ernstnehmen. Wahr ist, dass die allermeisten deutschen Staatsbürger eine multikulturelle Gesellschaft ablehnen. Wir müssen selbst entscheiden können, wer zu uns kommen darf und wer nicht.

Ernst Schwanhold: An einem Punkt bin ich anderer Meinung als Christean Wagner. Wir haben in der Vergangenheit sehr stark von Zuwanderern profitiert, so in Süddeutschland, aber auch im Ruhrgebiet. Uns ist eine Integrationsleistung gelungen, die großartig ist. Wenn wir dies an den Anfang stellen und uns um intensive Integrationsleistungen bemühen, werden wir auch unserer geschichtlichen Verantwortung gerecht. Es haben auch mal Deutsche an andere Türen geklopft und wurden abgewiesen. Dass wir nicht alle Probleme der Welt lösen können, ist

klar. Dennoch entlässt uns diese Erkenntnis nicht aus der politischen Verantwortung.

Der Selbständige: Allerdings sollte man doch von Zuwanderern erwarten dürfen, dass sie sich genauso verhalten, wie die Italiener damals in Süddeutschland oder die Polen im Ruhrgebiet. Die Probleme, die wir heute mit muslimischen Zuwanderern haben, Stichwort: Scharia und die Rolle der Frau, standen damals ja nicht auf der Tagesordnung.

Ernst Schwanhold: Da bin ich völlig bei Ihnen. Wer in unser Land kommt, hat die gesellschaftlichen Regeln, die hier vorgegeben sind, zu akzeptieren. Wer hierher kommt, hat sich nicht nur an unsere Gesetze zu halten, sondern er hat auch eine Integrationspflicht. Dazu gehört zuallererst die deutsche Sprache zu erlernen und beruflich leisten zu wollen. Ich bin nicht bereit, diejenigen zu unterstützen, die nach Deutschland kommen, weil hier die höchsten Sozialleistungen innerhalb Europas vorgefunden werden. Deshalb plädiere ich auch für eine Differenzierung bei den Sozialleistungen. Wer hier lebt und gearbeitet hat, dann aber in eine Notlage geraten ist, müsste bei den Sozialleistungen anders bewertet werden, als ein Migrant.

Christean Wagner: Ich will die von Herrn Schwanhold vertretene unterschiedliche Betrachtungsweise gern aufgreifen. Ich bin eindeutig der Auffassung, dass es Obergrenzen bei der Zuwanderung geben muss. Schweden hat seine Grenzen geschlossen, weil seine Aufnahmefähigkeit erschöpft ist. Das Gleiche gilt für Österreich und andere EU-Staaten. Warum ist es so schwer, einzuräumen, dass es auch Obergrenzen für Deutschland gibt? Und es gehört zur Realität, dass diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, in nicht unerheblichem Maße noch immer Probleme mit unserem Rechtssystem und unserer Kultur haben. Ich erinnere an die Frage der Religionsfreiheit, der Gleichberechtigung



Foto: www.shutterstock.com

Die AfD deckt nach Ansicht von Christean Wagner die rechte Mitte ab, die von der CDU stiefmütterlich behandelt wurde

„Wer in unser Land kommt, hat die gesellschaftlichen Regeln, die hier vorgegeben sind, zu akzeptieren.“

(Ernst Schwanhold)

gung von Mann und Frau und an die Selbstverständlichkeit, dass die Scharia nicht über unserer Verfassung und unseren Gesetzen steht.

Der Selbständige: Die EU hat der Türkei von Ende Juni an Visumfreiheit in Aussicht gestellt – im Gegenzug für das Entgegenkommen Ankaras in der Flüchtlingskrise. Kurdische Politiker und Türkei-Experten warnen: Ein Ende der Visumspflicht könnte zu einem neuen Zustrom von Flüchtlingen nach Europa führen. Die Rede ist von einer halben Million Menschen. Droht Ihrer Ansicht nach der Kollaps des Schengen-Abkommens bei einer Visumfreiheit für die Türkei?

Ernst Schwanhold: Die Visumfreiheit für die Türkei halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch. Die Türkei ist gegenwärtig nicht in der Situation, dass sie Mitglied der Europäischen Union werden kann. Das hängt natürlich auch mit der Regierung Erdogan zusammen.

Christean Wagner: Diesem habe ich nichts hinzuzufügen. ■

Fristlose Kündigung bei sexueller Belästigung

Auch ein langjähriges Arbeitsverhältnis rechtfertigt Entlassung

Dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz eine fristlose Kündigung rechtfertigen kann, ist nichts Neues. Das LAG Schleswig-Holstein hat nun in einer Entscheidung vom 10.11.2015, 2 Sa 235/15, entschieden, dass eine solche fristlose Kündigung auch dann gerechtfertigt ist, wenn sie bereits einige Monate zurückliegt.

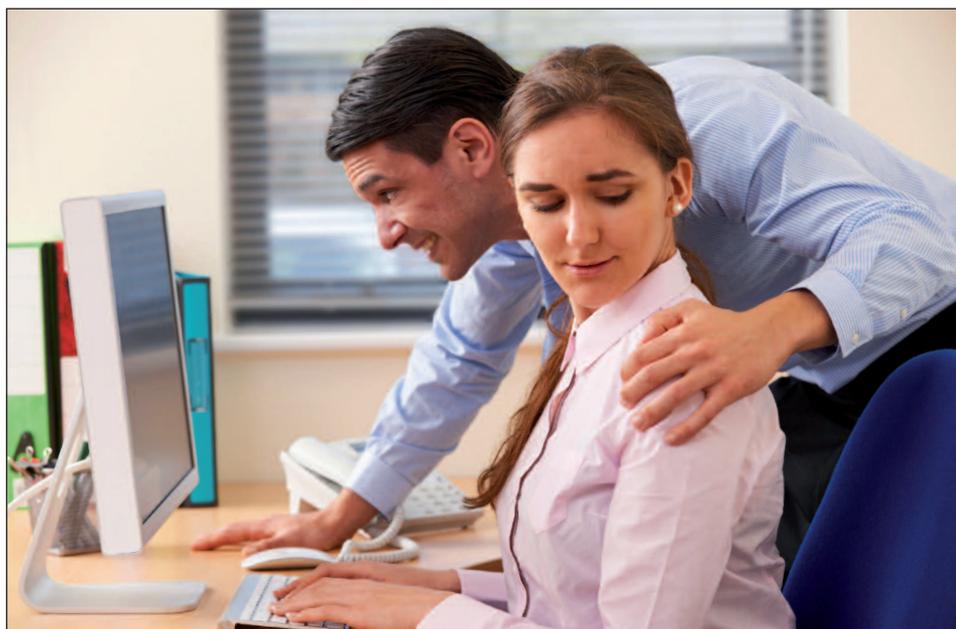
Im entschiedenen Verfahren war der Kläger in einem Lebensmitteleinzelhandel als Abteilungsleiter beschäftigt. Ihm wurde im Januar 2015 fristlos gekündigt, weil er ein Stück Fleisch im Wert von 80 Cent verzehrt hatte, ohne es zu bezahlen.

Mit seiner Kündigungsschutzklage machte er geltend, dass es sich um eine erforderliche Probe gehandelt habe und die Kündigung deswegen keinen Erfolg haben könne.

Nach Ausspruch der Kündigung erfuhr die Beklagte von einem Vorfall aus dem Frühjahr 2014, wonach der Kläger die Tür zu einem Raum geschlossen habe, in dem er sich mit einer Kollegin befunden habe, sie an die Wand gedrängt, umarmt und mit den Armen den Rücken hinab bis zum Po gestrichen habe.

Die Mitarbeiterin hatte den Vorfall zunächst nur der Marktleiterin erzählt und diese gebeten, über die Angelegenheit Stillschweigen zu bewahren.

Das Arbeitsgericht hatte der Kündigungsschutzklage noch stattgegeben, das Landesarbeitsgericht wies sie in der Berufung je-



Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, auch wenn diese Monate zurückliegt, rechtfertigt eine fristlose Kündigung

doch ab und hat dies damit begründet, dass nach der Beweisaufnahme feststehe, dass die Einlassung des Klägers, bei dem Verzehr des Fleisches habe es sich um eine zulässige Probe gehandelt, eine Schutzbehauptung darstellt.

Der Kläger hat somit ein Vermögensdelikt zulasten der Beklagten begangen, sodass angesichts seiner Vorgesetztenstellung dieser Vorfall trotz des langjährigen Arbeitsverhältnisses jedenfalls eine ordentliche Kündigung rechtfertigt.

Entscheidend für die Klageabweisung ist aber der Vorwurf der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Zwar lag der Vorfall im Kündigungszeitpunkt mehr als zwei Wochen zurück, die Beklagte hatte davon aber erst

nach Kündigungsausspruch erfahren, so dass sie rechtzeitig reagiert hatte.

Die Tatsache, dass die Marktleiterin von der sexuellen Belästigung wusste, muss sich die Beklagte nicht zurechnen lassen, da sie nicht die Erlaubnis des Opfers hatte, den Vorfall an die Geschäftsführung zu melden. ■

Rückfragen:

Stefan Engelhardt Roggelin & Partner
Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft (AG Hamburg PR 632)
Alte Rabenstraße 32, 20148 Hamburg
Telefon: +49 (0)40.76 99 99-31
Telefax: +49 (0)40.76 99 99-36
stefan.engelhardt@roggelin.de
www.roggelin.de

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsg.: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstraße 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Fotos: J. Schäfer, Shutterstock

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstraße 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Urteil zum Verbot der privaten Internetnutzung



Das Bundesdatenschutzgesetz erlaubt eine Auswertung des Browserverlaufs

Seit einiger Zeit häufen sich Verfahren, in denen es um die private Internetnutzung von Arbeitnehmern und die Konsequenzen geht. Das LAG Berlin-Brandenburg hat in einer Entscheidung vom 14. Januar 2016, 5 Sa 657/15, die fristlose Kündigung eines Arbeitnehmers als rechtmäßig erachtet, der in größerem Umfang gegen das Verbot privater Internetnutzung verstoßen hatte.

Der Arbeitnehmer hat einen Dienstrechner mit Internetanschluss genutzt, den er

Zwecke genutzt hatte. Daraufhin erfolgte die fristlose Kündigung. Die Kündigungsschutzklage des Arbeitnehmers hatte vor dem Landesarbeitsgericht keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht hat allerdings die Revision zum Bundesarbeitsgericht zugelassen, so dass abzuwarten bleibt, wie das Bundesarbeitsgericht entscheiden wird. Jedenfalls das Landesarbeitsgericht war der Auffassung, dass es sich um einen derart schweren Verstoß gegen das Verbot zur privaten Internetnutzung handelt, dass

LAG Berlin-Brandenburg: Wichtiger Grund für sofortige Beendigung des Arbeitsverhältnisses

nur in Ausnahmefällen und nur während der Arbeitspausen für private Zwecke nutzen durfte.

Sein Arbeitgeber erhielt Hinweise darauf, dass der Kläger im erheblichen Umfang gegen dieses Verbot verstößt, so dass er ohne Einwilligung des Klägers den Browserverlauf des Dienstrechners auswertete.

Diese Überprüfung ergab, dass der Kläger seinen dienstlichen Internetanschluss in einem Zeitraum von 30 Tagen insgesamt ca. 5 Tage lang für private

ein wichtiger Grund für eine sofortige Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des § 626 BGB vorliegt.

Auch die Abwägung der beiderseitigen Interessen rechtfertigt eine sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Es liegt auch kein Beweisverwertungsverbot zu Lasten des Arbeitgebers vor. Es handelt sich beim Browserverlauf zwar um personenbezogene Daten, in deren Kontrolle der Kläger nicht eingewilligt hatte, eine Verwertung der Daten ist allerdings nach Auffassung des Landesarbeitsgerichts zulässig, weil das Bundesdatenschutzgesetz eine Speicherung und eine Auswertung des Browserverlaufs zur Missbrauchskontrolle auch ohne eine derartige Einwilligung erlaubt und der Arbeitgeber im Streitfall keine Möglichkeit hatte, die unerlaubte Internetnutzung mit anderen Mitteln nachzuweisen. ■

Rückfragen:

Stefan Engelhardt Roggelin & Partner
Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft (AG Hamburg PR 632)
Alte Rabenstraße 32, 20148 Hamburg
Telefon: +49 (0)40.76 99 99-31
Telefax: +49 (0)40.76 99 99-36
stefan.engelhardt@roggelin.de
www.roggelin.de



AQUACLEAN Gebäudedienstleistung
SAUBERKEIT IST UNSERE DEVISE!

Kieferstraße 31
44225 Dortmund

☎ (0231) 33874132
☎ (0231) 33481639
✉ info@aquaclean-dortmund.de

Reinigungen jeglicher Art!

- Büroreinigung
- Gebäuudereinigung
- Unterhaltsreinigung
- Teppichreinigung
- Sonderreinigung
- Industriereinigung
- Treppenhausreinigung
- Grundreinigung
- Eventreinigung
- Winterdienste

www.aquaclean-dortmund.de

VORSORGE

Elementarer Schutz zum halben Preis

Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland wird berufsunfähig, bevor er sein Rentenalter erreicht. Gut, dass sich eine Berufsunfähigkeitspolice auch in eine betriebliche Altersvorsorge einbauen lässt.

Das erste Bild ist der Rollstuhl. Wer sich eine Berufsunfähigkeit (BU) vorstellt, denkt vor allem an schwere körperliche Gebrechen. Die Realität sieht anders aus: Unfälle stehen lediglich mit einem Anteil von fünf Prozent in der Statistik. Dagegen sind psychische Leiden mit 33 Prozent heute die häufigste BU-Ursache, Tendenz steigend.

Arbeitnehmer, die zum Beispiel aufgrund eines solchen psychischen Leidens ihren Job vorzeitig an den Nagel hängen müssen und mit einer Betriebsrente ausgestattet sind, haben dann ein doppeltes Problem: Zum einen schwinden die Aussichten auf die ursprünglich berechnete Betriebsrente, da diese mit Beitragszahlungen bis zum Rentenalter kalkuliert ist. Zum anderen dürfen nach dem 01.01.1961 Geborene überhaupt nur dann eine Erwerbsminderungsrente beanspruchen, wenn sie täglich weniger als sechs Stunden arbeiten können. Die volle Leistung gibt es sogar nur, wenn die Gesundheitsverhältnisse weniger als drei Stunden Arbeit zulassen oder wenn bei einer Arbeitsfähigkeit von drei bis unter sechs Stunden der Arbeitsmarkt keine entsprechende Stelle bietet. Im Jahr 2013 lag der durch-

schnittliche Zahlbetrag bei voller Erwerbsminderung in Westdeutschland bei Männern bei monatlich 752,00 Euro. Frauen erhielten 683,00 Euro. Im Osten beliefen sich die Renten auf 695,00 Euro beziehungsweise 730,00 Euro.

VERSICHERUNGSSCHUTZ FÜR DEN HALBEN BEITRAG

Die Lösung gegen diese drohende Versorgungslücke ist eine Berufsunfähigkeitsversicherung. Sie gehört auch für Verbraucherschützer heute unbedingt in den Versicherungsordner eines jeden, der von seiner Arbeitskraft lebt. Der Staat gewährt für die betriebliche Berufsunfähigkeitsversicherung dieselben Vorteile bei der Steuer und den Sozialabgaben wie bei einer betrieblichen Altersrente: Die Beiträge bis zu insgesamt 2.904,00 Euro p. a. dürfen aus dem un versteuerten Bruttoeinkommen finanziert werden; sie sind obendrein sozialversicherungsfrei. Darüber hinaus ist ein weiterer steuerfreier Versicherungsbeitrag von 1.800,00 Euro möglich. Im Ergebnis beträgt der Nettoaufwand für eine betriebliche Alters- und Berufsunfähigkeitsversorgung in etwa die Hälfte des tatsächlich zu zahlenden Beitrags. Erst im Alter oder im Falle einer BU-Rente fallen Steuern und gegebenenfalls Sozialversicherungsabgaben an.

Als BDS-Mitglied profitieren Sie von attraktiven Konditionen der Allianz als Kooperationspartner des BdS Baden-Württemberg. Die Allianz bietet die Berufsunfähigkeitsversicherung innerhalb der Betriebsrente je nach Unternehmenswunsch in zwei Varianten an:



Unfälle stehen lediglich mit einem Anteil von fünf Prozent in der Statistik

Der Staat gewährt für die betriebliche Berufsunfähigkeitsversicherung dieselben Vorteile bei der Steuer und den Sozialabgaben wie bei einer betrieblichen Altersrente

ERSTENS:

Die „Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit“. Damit werden ab Eintritt der Berufsunfähigkeit eines Arbeitnehmers die Beiträge für die bAV einfach von der Allianz übernommen. Die Beiträge hierfür sind sehr überschaubar.

ZWEITENS:

Der „umfassende BU-Schutz“. Auch hierbei werden die Beiträge für die bAV von der Allianz übernommen. Zusätzlich zahlt der Versicherer bis zum Ruhestand eine Berufsunfähigkeitsrente. Das hilft, den aktuellen Lebensstandard beizubehalten und sichert die Betriebsrente.

Interesse geweckt?

Informieren Sie sich unter www.allianz.de oder finden Sie Ihren Ansprechpartner unter: www.allianz.de/agentursuche. Er berät sie individuell und erstellt Ihnen ein unverbindliches persönliches Angebot gemäß den BDS-Konditionen.

© Allianz Lebensversicherungs-AG



K6 MEDIEN

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



☎ (0231) 33874133

☎ (0231) 33896183

✉ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Anzeige

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter www.foerder-bds.de oder
telefonisch unter **0228/210033**



Quantentechnologie bietet neue Möglichkeiten der Datensicherung

EU-Kommissar Günther Oettinger: Neue Software soll Industriespionage verhindern oder erschweren

Als EU-Kommissar für Digitalwirtschaft bekleidet Günther Oettinger eines der wichtigsten Ämter innerhalb der Europäischen Kommission. Zuvor hatte sich der gebürtige Ditzinger bereits als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und als EU-Energiekommissar den Ruf eines erfahrenen Netzwerkers erworben. Innerhalb der CDU gilt Günther Oettinger als ein bodenständiger und heimatverbundener Politiker, der es sich nicht nehmen lässt, gewachsene Freundschaften im Ländle zu pflegen. So ist Günther Oettinger immer ein gern gesehener Gesprächspartner bei der Kachelofenrunde, einem illustren Kreis von politisch interessierten Bürgern, dem auch BDS-Präsident Günther Hieber angehört. Hieber nutzte die Gelegenheit, mit dem EU-Kommissar über die Chancen und Risiken der Digitalisierung Europas zu sprechen.

Günther Hieber: Datensicherheit ist ein Bereich innerhalb der digitalen Welt, der im Mittelstand vielfach mit einem Fragezeichen versehen wird. Was plant Ihr Kommissariat, um die digitale Sicherheit von Unternehmen und deren Dateien zu verbessern?

Günther Oettinger: Wir haben mit der „Network and Information Security Directive“ eine europäische Gesetzgebung auf den Weg gebracht, die für sensible Infrastrukturen, wie den Energie- und Bankbereich, die Verkehrsleitzentren und die Flugsicherung konkrete Verpflichtungen für ein Höchstmaß an Cyber-Security vorgibt. Zudem haben wir einige Forschungsprojekte auf den Weg gebracht, eine Hard-

Cyber-Security

„Wir haben mit der ‚Network and Information Security Directive‘ eine europäische Gesetzgebung auf den Weg gebracht, die ein Höchstmaß an Cyber-Security vorgibt.“

und Software zu entwickeln, um Angriffen auf Dateninfrastrukturen durch Viren oder Hacking zu begegnen, aber auch um Industriespionage zu verhindern oder zu erschweren. Zudem wird die Quantentechnologie neue Möglichkeiten der Datensicherung mit sich bringen. Ulm verfügt übrigens über einen hervorragenden Lehrstuhl auf diesem Gebiet. Auch hier sind wir in der Forschung und auch als Finanzpartner engagiert.

Nun zum Mittelstand: Jedes mittelständische Unternehmen kann bereits für seine eigene digitale Infrastruktur hervorragende Sicherungsmaßnahmen kaufen oder aktualisieren. Kurzum: Wir brauchen die Sensibilität, die wir bei der

Verkehrs- oder bei der Arbeitssicherheit haben, auch im Bereich der Datensicherung.

Günther Hieber: Finden die Maßnahmen, die Sie eben angesprochen haben, auch ihren Niederschlag in der geplanten Europäischen Datenschutzrichtlinie?

Günther Oettinger: Es gilt, zwischen Datensicherheit und Datenschutz zu unterscheiden. Datensicherheit heißt, Hard- und Software gegen Zugriff von Unbefugten zu schützen. Datenschutz ist das Recht des Einzelnen auf seine Privatsphäre und auf seine persönlichen Daten, die auch in der digitalen Zeit gewahrt bleiben müssen. Das reicht vom

Recht auf Löschung bestimmter Daten bis hin zu Vorschriften, die den Geheimdiensten gewisse Beschränkungen auferlegen. Die Datenschutzrichtlinie, die im Dezember 2015 im Rat und im EU-Parlament als Vorschlag der Kommission angenommen wurde und die im nächsten Jahr Rechtskraft erlangt, sichert ein hohes Maß an Privatsphäre und gewährleistet den Schutz von persönlichen Daten vor Zugriffen Dritter.

Günther Hieber: Nun hängt die Digitalisierung ganz entscheidend vom Breitbandausbau ab. Vor allem die ländlichen Gebiete Deutschlands müssen bedient werden. Wie sehen hier Ihre Pläne für die Zukunft aus?



Günther Oettinger und Günther Hieber trafen sich anlässlich der Kachelofenrunde

Günther Oettinger: Wenn man alle Daten des Transportbedarfs addiert, also Uploads, Downloads, Screening Dienste, Soziale Medien, Industrie 4.0, Telemedizin und so weiter, dann brauchen wir eine Gigabit-Infrastruktur. In der Zukunft benötigen wir für alle Technologien den Satelliten. Wir befinden uns gerade auf dem Weg von der 3. zur 4. LTE-Generation (LTE ist eine Bezeichnung für den Mobilfunkstandard der 4. Generation/d. Red.). Deshalb müs-

Gigabyte-Infrastruktur

„Wenn man alle Daten des Transportbedarfs addiert, also Uploads, Downloads, Screening-Dienste, Soziale Medien, Industrie 4.0, Telemedizin und so weiter, dann brauchen wir eine Gigabyte-Infrastruktur.“

Autonomes Driving

„Hierfür steht ein europäisches Forschungskonsortium, das aus dem europäischen Haushalt mit 700 Millionen Euro gefördert wird, zur Verfügung.“

sen wir Rahmenbedingungen schaffen, damit die Telekomwirtschaft in diese Technologien investiert. Anders gesagt: Wir brauchen in den nächsten Jahren mehr Mittel für die digitale Infrastruktur als für die Verkehrsinfrastruktur.

Günther Hieber: Ist auch an eine EU-Förderung für den Breitbandausbau gedacht?

Günther Oettinger: Über den sogenannten Juncker-Plan und die Europäische Investitionsbank sind wir in der Lage, entsprechende Infrastrukturinvestments finanziell zu unterstützen, das gilt auch für den ländlichen Raum. Gleiches gilt für die Mobilfunkkommunikation, die für autonomes Driving entscheidend ist. Hierfür wurde ein europäisches Forschungskonsortium, das aus dem europäischen Haushalt mit 700 Millionen Euro gefördert wird, gegründet. Die Industrie wie beispielsweise Ericson, Nokia, Alcatel, Vodafone und Deutsche Telekom investiert noch einmal den fünffachen Betrag, also 3,5 Milliarden Euro hinzu. Somit glauben wir, dass wir 2020 mit der flächendeckenden Einführung der 5. Generation beginnen können. Neben Förderungsmiteln geht es aber auch darum, durch eine Reform des Telekommunikationsrechts mehr Anreize für Breitband-Investitionen im ländlichen Raum zu schaffen. Dazu werde ich demnächst einen Vorschlag machen.

Günther Hieber: Sie haben kürzlich vor einer Aufweichung des Stabilitätspaktes gewarnt. Wo liegen Ihre Hauptbedenken?

Günther Oettinger: Wie Sie wissen, spielt eine solide Haushaltspolitik eine große Rolle – sowohl in der europäischen als auch in der nationalen Politik. Wir haben eine Schulden-

bremse in Deutschland beschlossen und die Länder unter dem EU-Rettungsschirm haben wichtige Verbesserungen in ihrer Haushaltsstruktur erbracht. Aber wir haben die Krise noch nicht bewältigt. In Ländern wie Griechenland und Portugal sind Rückschritte absehbar und Länder wie Italien und Frankreich bereiten uns Sorgen. Deswegen sollten wir an den Maastricht-Kriterien und den zentralen Vorgaben der Regeln festhalten, die wir gerade vor ein paar Jahren erst im Lichte der Krise reformiert haben. Im Jahr 2020 muss jedes Land, ohne neue Schulden machen zu müssen, seine Ausgaben bestreiten können.

Günther Hieber: Glauben Sie, dass ein weiteres Programm für Griechenland von den Gläubigerländern und vom IWF mitgetragen wird?

Günther Oettinger: Wenn die griechische Regierung die zugesagten Reformen auch umsetzt, dann wird die Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF auch bereit sein, den Griechen günstige Finanzhilfen zuzugestehen. Ich teile Wolfgang Schäubles Haltung, dass die Zusagen der griechischen Regierung eingehalten werden müssen, bevor wir über weitere Finanzhilfen nachdenken. Die griechische Regierung ist jetzt in Zeitverzug und sie hofft darauf, dass ihr durch die Flüchtlingskrise haushalts- und wirtschaftspolitisch Erleichterungen eingeräumt werden. Aber genau das darf nicht sein. Natürlich müssen wir den Griechen bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme helfen. Das heißt aber nicht, dass die Griechen die zugesagten Reformen nicht erfüllen müssen, damit weitere Finanzhilfen möglich sind. Und ich lege Wert darauf, dass der IWF mit im Boot bleibt, denn dessen Sachkompetenz ist unumstritten. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg
Präsident: RA Günther Hieber
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt
Telefon 0711/95 46 68-0
Fax 0711/95 46 68-33
www.bds-bw.de
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Oldtimer-Schönheiten lassen BDS-Herzen höher schlagen

Retro Classics: BDS-Mitglieder prüfen Ölstand am 300 SL Flügeltürer



Oldtimer-Raritäten in der Ausstellung des Louman Museums auf der Retro Classics

Zahlreiche haben es selbst erleben können: Funkelnde und glänzende Karossen, überall duftet es nach frisch poliertem Holz, herbem Leder, Reifen, Benzin und Öl und vor lauter Begeisterung haben die Besucher Gänsehautfeeling pur. Tatort: Retro Classics, die größte Oldtimermesse Europas, die vom 17. bis 20. März 2016 zum 16. Mal ihre Pforten in der Messe Stuttgart geöffnet hatte. Und mittendrin zahlreiche begeisterte BDS-Mitglieder, die in exklusiven Führungen ein Oldtimer-Erlebnis der besonderen Art erhielten.

Wer konnte schon einmal an einem Traumauto wie dem Mercedes 300 SL Flügeltürer den Ölstand prüfen? Allein schon der Blick unter die elegante Motorhaube verschlägt den meisten Autobesorgten den Atem. Vermutlich waren es bisher nur wenige und dazu gehören nun auch die BDS-Mitglieder, die durch die Retro Classics geführt wurden und zwar von einem absoluten Kenner der Szene: dem Präsidenten des Mercedes-Benz 190 SL-Club, einem der renommiertesten Oldtimer-Sachverständigen, Wilfried Steer. Der Flügeltürer war Teil der großen Ausstellung in Halle 1, in der internationale Premiumhändler und Restauratoren

Mercedes, Porsche, Rolls Royce, Bentley, Jaguar und andere Edelkarossen in nahezu neuwertigem Zustand präsentierten.

Ein weiteres Highlight der Führung war die Ausstellung des Louman Museums (Niederlande), die älteste Privatsammlung der Welt. Dort geben mehr als 250 antike und klassische Automobile eine Übersicht der Entwicklung des Automobils in all seinen Erscheinungsformen von 1886 bis in die 1970er Jahre. Die Sammlung umfasst Ferraris, Maseratis, Alfa Romeos und andere berühmte Sport- und Rennwagen sowie auch Autos berühmter Personen wie Elvis Presley, James Bond oder Steve McQueen. Ein Teil dieser außergewöhnlichen Oldtimer war nun auf der Retro Classics zu bewundern. Darunter der Mercedes-Benz SSK (1929), der sogar die Auszeichnung „Best of Show“ der Retro Clas-

sics-July 2016 erhielt. Bei diesem Fahrzeug ist nahezu alles original und nummerngleich (Matching Numbers). Ebenfalls ein echter Hingucker war der „Baby-Schwan“ des Maharadschas von Nabah, der 1920 extra gefertigt wurde, um das große „Swan-Car“ auf seinem Anwesen zu begleiten. Es ist wahrscheinlich das älteste in Indien gefertigte Auto.

Kraft sammeln für ein anschließendes eigenständiges Erkunden der Messe konnten die Mitglieder dann zum Abschluss der Führung in der VIP-Lounge bei kulinarischen Köstlichkeiten vom Buffet und einem (oder auch mehreren) Viertele.

Die RETRO CLASSICS gilt als internationale Drehscheibe für Anbieter, Käufer und Interessenten historischer Fahrzeuge. Mit rund 25.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in sieben Hallen ist sie zudem die größte und renommierteste Oldtimermesse Europas. Die gemeinsame Leidenschaft für außergewöhnliche Fahrzeuge bringt Sammler, Oldtimer-Clubs und Verbände aus der ganzen Welt zusammen. Und diese Leidenschaft gilt es mit anderen zu teilen. Denn Oldtimer sind vor allem eines – ein ganz besonderes Lebensgefühl. Und dafür gibt es nur einen Ort: die RETRO CLASSICS. ■



Der „Baby-Schwan“ wurde aus Stahlblech von Hand geschlagen und ist mit einem Elektromotor ausgestattet

Ankündigung Retro Classics 2017:
2. bis 5. März 2017



Impressionen

von der
Retro Classics 2016,
Europas größter
Oldtimermesse

Fotos: Miriam Scheffold, Claudia Neber, Klaus Weingärtner



Förderung unternehmerischen Know-hows

Zum Jahresbeginn ist die neue Beratungsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe in Kraft getreten. Das Programm mit dem Namen „Förderung unternehmerischen Know-hows“ richtet sich an bereits gegründete Unternehmen und wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des BMWi finanziert. Beratungen in der Vorgründungsphase werden durch Länderprogramme bezuschusst.

Wer wird gefördert?

Das Programm richtet sich an

- junge Unternehmen, die nicht länger als zwei Jahre am Markt tätig sind (**Jungunternehmen**)
- Unternehmen ab dem dritten Jahr nach Gründung (**Bestandsunternehmen**)
- **Unternehmen in Schwierigkeiten**

Die Unternehmen müssen die EU-KMU Kriterien erfüllen und ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Für Unternehmen in Schwierigkeiten sind zusätzlich die EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung (2014/249/01) zu beachten (mehr als die Hälfte des Kapitals muss durch Verluste aufgezehrt sein).

Nicht antragsberechtigt sind

- Unternehmen sowie Angehörige der Freien Berufe, die in der Unternehmens-, Wirtschaftsberatung, Wirtschafts- oder Buchprüfung bzw. als Rechtsanwalt, Notar, Insolvenzverwalter oder in ähnlicher Weise beratend oder schulend tätig sind oder werden wollen,
- Unternehmen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder bei denen die Voraussetzungen zur Eröffnung eines solchen Verfahrens erfüllt sind,
- Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärerzeugung, der Fischerei und Aquakultur,
- Unternehmen, die in einem Beteiligungsverhältnis zu Religionsgemeinschaften, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder zu deren Eigenbetrieben stehen,
- gemeinnützige Unternehmen, gemeinnützige Vereine und Stiftungen.

Was wird gefördert?

Jung- und Bestandsunternehmen können sich zu allen wirtschaftlichen, finanziellen,

personellen und organisatorischen Fragen der Unternehmensführung beraten lassen (**Allgemeine Beratungen**). Zudem sind zur Behebung struktureller Ungleichheiten weitere Themen im Rahmen von **Speziellen Beratungen** förderfähig. Dazu gehören z.B. Beratung von Frauen, von Migrantinnen/Migranten, von Unternehmern/innen mit anerkannter Behinderung, zur Fachkräftesicherung/-gewinnung, zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz.

Zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit können **Unternehmen in Schwierigkeiten** eine Förderung beantragen (**Unternehmenssicherungsberatung**).

Zur Vertiefung der Maßnahmen aus der Unternehmenssicherungsberatung kann zusätzlich eine **Folgeberatung** in Anspruch genommen werden.

Beratungen bei Bestandsunternehmen dürfen pro Beratungsschwerpunkt nicht länger als fünf Tage dauern. Die Beratungstage müssen nicht aufeinanderfolgen. Bei Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten gibt es diese Begrenzung nicht.

Nicht gefördert werden Beratungen,

- die ganz oder teilweise mit anderen öffentlichen Zuschüssen gefördert werden
- die Vermittlungstätigkeiten beinhalten und/oder deren Zweck auf den Erwerb von bestimmten Waren oder Dienstleistungen gerichtet ist, die von den Beratern/innen selbst vertrieben werden
- die überwiegend Rechts- und Versicherungsfragen sowie steuerberatende Tätigkeiten zum Inhalt haben
- die den Verkauf/Vertrieb von Gütern oder Dienstleistungen (z.B. IgeL) sowie sonstige Umsatz steigernde Maßnahmen einschließlich des entsprechenden Marketings von Ärzten/innen, Zahnärzten/innen, Psychotherapeuten/innen, Heilpraktiker/innen und deren Mitarbeiter/innen zum Inhalt haben
- die ethisch-moralisch nicht vertretbare oder gegen Recht und Ordnung verstoßende Inhalte zum Gegenstand haben.

Zuschusshöhe

Die Höhe des Beratungskostenzuschusses ist abhängig von den maximal förderfähigen

Beratungskosten (**Bemessungsgrundlage**) und dem Standort des Unternehmens (**Fördersätze: 80 % neue Bundesländer ohne Berlin und Region Leipzig, 60 % Region Lüneburg, sonst 50 %, 90 % für Unternehmen in Schwierigkeiten**)

- bei Jungunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 4000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 2000 Euro bis 3200 Euro
- bei Bestandsunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 1500 Euro bis 2400 Euro
- bei Unternehmen in Schwierigkeiten beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 90 % und der max. Zuschuss 2700 Euro

Wer darf beraten?

Rechtlich selbstständige Berater/innen bzw. Beratungsunternehmen, die mehr als 50 % ihres Umsatzes mit der entgeltlichen Beratungstätigkeit erzielen. Darüber hinaus müssen die für die Beratung erforderlichen Fähigkeiten vorhanden sein. Zum Nachweis der Berater-eigenschaft sind der Bewilligungsbehörde (BAFA) eine Beratererklärung, ein Lebenslauf und ein Qualitätsnachweis vorzulegen.

Verfahren

Die Antragstellung erfolgt online z. B. über die Homepage der Förderungsgesellschaft, die als Leitstelle in das Verfahren eingebunden ist. Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten müssen vor Antragstellung ein kostenloses Informationsgespräch bei einem Regionalpartner führen. Die BDS-Landesverbände Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie der BDS Bayern werden zukünftig als Regionalpartner tätig. Die Liste der weiteren Regionalpartner ist auf unserer Homepage veröffentlicht. Spätestens drei Monate nach dem Gespräch mit dem Regionalpartner muss die Antragstellung bei der Leitstelle erfolgen. Sechs Monate nach Erhalt des Informationsschreibens ist der Verwendungsnachweis bei der Leitstelle über die Antragsplattform einzureichen. Die Leitstelle prüft die eingereichten Unterlagen und leitet diese zur abschließenden Entscheidung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiter. ■

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

| | |
|--------------------|--|
| 01.05.2016 | RGV Rheinau: Maibaumfest |
| 04.05.2016 | RGV Rheinau: Jahreshauptversammlung |
| 08.05.2016 | KV Mannheim: Politischer Frühschoppen des Kurpfälzer Mittelstands auf dem Maimarkt |
| 10.05.2015 | GHV Stuttgart-Feuerbach: GHV exklusiv: Empfang der Firma Bosch für GHV-Mitglieder |
| 10.05.2016 | RGV Rheinau: jour fix für Vorstand, Beiräte, Mitglieder und Gäste |
| 12.05.2016 | GHV Hüttlingen: Original Hüttlinger Schnäppchenmarkt |
| 12.05.2016 | BDS Stuttgart-Vaihingen-Rohr-Büsnau-Dachswald-Dürtlewang: BDS-Mitglieder stellen sich vor – Center-Management Schwabengalerie |
| 13.05.2016 | Gewerbeverein Keltern: Stammtisch BDS Keltern |
| 19.05.2016 | BDS Mannheim-Mitte: Mittagstisch BDS Mannheim-Mitte |
| 20.05.2016 | BDS Michelfeld: BDS Mittagstisch im Bürgerstüble Büchelberg |
| 04.06.- 06.06.2016 | BDS Malsch: Mälscher Markt - Gewerbeschau |
| 04.06.2016 | GHV Stuttgart-Feuerbach: Wein - Genuss - Kultur |
| 04.06.2016 | Gewerbeverein Keltern: Frühlingsfest „Unter den Linden“ |
| 05.06.2016 | BDS Kirchberg/Murr: Leistungsschau 2016 |
| 07.06.2016 | BDS Kornwestheim: 3. BDS-Stammtisch |
| 11./12.06.2016 | BDS Immendingen: Gewerbeschau des BDS Immendingen |
| 14.06.2016 | GV Illingen: 4. Sitzung Vorstand und Ausschuss |

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine

BDS-Mitglieder erhalten Bildungspyramide

Die beiden BDS-Mitglieder Lammbrauerei Hilsenbeck GmbH & Co. KG aus Gruibingen und D + S Rockenstein GmbH Sanitär- und Heizungstechnik aus Stuttgart haben die Auszeichnung der Bildungspyramide erhalten. Die Handwerkskammer Stuttgart vergibt diese angesehenen Ausbildungspreise an Unternehmen, die sich nachhaltig für die Ausbildung junger Menschen im Handwerk einsetzen. Gerade in den Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, sich um die Auszubildenden zu bemühen, innovative Ausbildungskonzepte einzusetzen und sich besonders für benachteiligte Jugendliche einzusetzen, um ihnen eine Chance zu geben. Die Bildungspyramiden werden jeweils pro Kreis vergeben und bei den Lossprechungsfeiern der Kreishandwerkerschaften überreicht. Während die Lammbrauerei Hilsenbeck im Landkreis Göppingen den Preis am 5. April 2016 überreicht bekam, erhielt das Unternehmen D+S Rockenstein seine Auszeichnung für den Landkreis Stuttgart am 22. März 2016.

Der BDS-Landesverband freut sich sehr, solch um eine gute Ausbildung bemühte Mitglieder zu haben und gratuliert herzlich zu der renommierten Auszeichnung. ■

iPhone 6s SCHNELLER ALS JE ZUVOR MIT BIS ZU 300 MBIT/S* IM BESTEN LTE-NETZ



Laut CHIP Netztest 2014/2015



 iPhone 6 

Lassen Sie sich jetzt zu unseren
Top-Angeboten beraten!



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

TM und © 2015 Apple Inc. Alle Rechte vorbehalten.

* Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit - u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaugebiet (Max. erreichbare Bandbreiten 300 MBit/s im Download und 50 MBit/s im Upload, Durchschnittsgeschwindigkeit lt. connect Test Ausgabe 1/2015 beträgt 36,4 MBit/s im Download und 20,6 MBit/s im Upload). Die Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 300 MBit/s ist in immer mehr Ausbauregionen verfügbar. Informationen zum Netzausbau und der Verfügbarkeit von LTE mit bis zu 300 MBit/s erhalten Sie unter www.telekom.de/netzausbau.

Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.